

Grundeinkommen, aber (öko-)logisch:

Freiheit und Gleichheit mit Ökologie

Am 05. Juni dieses Jahres wird in der Schweiz abgestimmt über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Eine Mehrheit für diese radikale Reform des Sozialen im Kapitalismus ist zwar vorerst nicht zu erwarten – aber diskutiert wird heftig. Langsam aber sicher kommt dadurch auch bei uns die Debatte über Vor- und Nachteile dieser Basisidee für einen erneuerten Sozialstaat in Fahrt, zusätzlich befeuert durch die Nachrichten über erste Feldversuche in den Niederlanden bzw. in Finnland (geplant ab 2017). »Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen« – so lautet ein griffiger Slogan für diese libertäre Sozialreform. Zweifelsohne ist die Idee gleicher *realer* Basis-Freiheit für alle, der wir mit einem Grundeinkommen näher kommen würden, eine *mögliche* Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft und die Krise des Sozialstaats. Wenn immer mehr Menschen in der sich zu Dienstleistungs- und Kulturökonomien wandelnden »zweiten Moderne« kein lebenslanges Normalarbeitsverhältnis mehr haben wollen oder können – dann sollte unser Sozialstaatsverständnis nicht länger von dem Ziel geprägt sein, früher oder später die Menschen genau dort wieder hinein zu navigieren. Eine bedingungslose Grundsicherung für alle passe zu den vielfältigsten Formen von Arbeit und erweitere zudem die Freiheit zu persönlicher Entfaltung auf diejenigen, die bisher nicht mit einem reichen Erbe gesegnet waren – so die gängige Argumentation der Befürworter.

Was bei dieser Betrachtung der Reformbedürftigkeit des zeitgenössischen Kapitalismus allerdings seltsam ausgespart bleibt, ist die ökologische Krise. Dabei befindet sich auch der Umwelt-Staat mit seinem Instrumentenkasten in der Krise: Mit den Ge- und Verboten des Ordnungsrechts kann zwar ein AKW stillgelegt werden, bei den sogenannten „Umweltproblemen zweiter Ordnung“, den Mengenproblemen etwa beim Verbrauch von Fleisch, Sprit oder Wohnfläche versagt dieser Ansatz. Auch die appellative Methode ist begrenzt: Mit Aufklärungskampagnen werden diejenigen Milieus, die es angeht, in der Regel am wenigsten erreicht. Und die ökonomischen Instrumente? Die Ökosteuer-Idee ist gefangen in ihrem Basis-Dilemma: Sind die Sätze zu niedrig – bewirken sie nichts. Sind sie zu hoch, belasten sie Finanzschwache zu stark und sind damit schnell unsozial.

Der herkömmliche Umweltstaat kommt also ebenso wie der herkömmliche Sozialstaat an eine Grenze, die durch die Pluralität der Lebensstile in der modernen Gesellschaft konstituiert wird: Mit immer detaillierten Ver- und Geboten und komplizierten Zuteilungsregelungen verheddern sich beide in Bürokratie und Gerechtigkeitslücken und treten – wenn es gut läuft – auf der Stelle. Dabei gäbe es eine im Prinzip simple Möglichkeit, beide Problemfelder miteinander zu verknüpfen: Das Grundeinkommen wird – ganz oder teilweise – mit Öko-Abgaben finanziert.

Auf zentrale problematische Umweltverbräuche wird eine Steuer erhoben, und zwar am Ort ihres Entstehens: Bei ihrer Entnahme am Anfang der Produktionskette (z.B. Rohstoffe oder Flächenverbräuche) und bei der Belastung von Umweltsenken am Ende ihrer Nutzung (z.B. CO₂-Emissionen, Nitrateinträge). Das Aufkommen dieser Nutzungsentgelte wird dann gleichmäßig auf die Bevölkerung zurückverteilt. Jedem Bürger, ob Säugling oder Greis, ob reich oder arm, wird ein „Öko-Bonus“ ausgezahlt.

Das Grundeinkommen würde so zu einem „Ökologischen Grundeinkommen“.

„Die Besteuerung von Konsum belastet besonders die Armen“, lautet ein gängiger Einwand gegen eine höhere Besteuerung von umweltbelastendem Konsum. Trifft es sie nicht am härtesten, wenn Steuern für Rohstoffe oder Emissionen über die Wertschöpfungsketten in die Preise im Laden und am Energiezähler einfließen? Genau umgekehrt ist es: Wohlhabende konsumieren mehr und haben damit in der Regel einen höheren Umweltverbrauch. Sie bewohnen mehr Wohnfläche pro Kopf, fahren mehr PKW-Kilometer und kaufen mehr Neuwaren.

Dieser Zusammenhang ist durch eine Reihe von Forschungsergebnissen abgesichert. So steigen etwa nach Erhebungen des statistischen Bundesamtes die Energiekosten stetig mit dem Haushaltseinkommen. Natürlich existieren auch Gegenbeispiele. Es gibt ärmere Menschen, die besonders verschwenderische Konsumpraktiken haben und höher belastet wären. Und es gibt Reiche, die besonderen Wert auf ressourceneffizienten Konsum legen. Genau das ist aber der gewollte preisliche Anreiz, mit weniger Umweltverbrauch hergestellte und daher billigere Güter und Dienstleistungen vorzuziehen – oder manches auch ganz zu lassen – ein Anreiz zu Degrowth..

Mit dem Ökologischen Grundeinkommen oder auch „Tax and Share“ wird das Dilemma des reinen „Tax“ in einen verteilungs- und steuerungs politischen Vorteil gewendet: Je höher die Sätze, desto größer der Umverteilungseffekt. Das Prinzip kann auf jeder räumlichen Ebene angewendet werden. Eine globale CO₂-Steuer etwa, von deren Ausschüttung nach dem Pro-Kopf-Prinzip die bevölkerungsreichen armen Länder des Südens am meisten profitieren würden, würde den CO₂-Konsum im Norden erschweren und gleichzeitig die Realisierung der in Paris versprochenen Entwicklungs-Milliarden absichern.

Das „Tax“ am Anfang und am Ende ist keine Luxus-Steuer auf bestimmte Endprodukte, die wir als Ökos problematisch finden wie z.B. Geländewagen, Fleisch oder Flüge. Denn von welchem Standpunkt aus kann welcher Lebensstil untersagt oder gestattet werden? In welchen auch nur halbwegs demokratischen Verfahren sollte dies geschehen? Aus der Akzeptanz der Pluralität der Lebensstile in der Moderne folgt vielmehr, dass Regeln abstrakter werden müssen. Wenn wir nicht alles im Detail regeln können und wollen, kann der Preis von Umweltnutzungen den Individuen eine Grenze seines Gesamt-Umweltverbrauchs setzen, die aber gleichzeitig eine der Modernen angemessene Freiheit des eigenen Lebensplans ermöglicht. Bestimmte Konsumtionen werden zwar unattraktiver, können aber in Maßen weiter vollzogen werden. Die umverteilende Wirkung des Tax and Share sorgt dafür, dass diese individuelle Freiheit nicht auf Wohlhabende beschränkt bleibt, sondern sich im Gegenteil für alle Bevölkerungsteile öffnet.

Alles nur Utopie? Ja, aber eine konkrete, mit Übergängen vom Hier und Jetzt. Wir können mit kleinen Schritten beginnen, ohne gleich die ganze austarierte Architektur des Steuersystems und des Sozialstaats ändern zu müssen. Zwei Beispiele:

- Werden die Deutschland zustehenden Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel (ca. 10 Mrd. €) pro Kopf ausgeschüttet, bekäme eine vierköpfige Familie 500 Euro pro Jahr „Öko-Bonus“. Bei einer Verringerung der ausgegebenen Mengen (Senkung des Cap), wie von Umweltverbänden gefordert, könnte sich der Preis und damit die Ausschüttung schnell auf das Doppelte erhöhen.
- Würde die Energie- und Stromsteuer („Ökosteur“) in Deutschland erhöht, so dass die Endpreise für Strom und Brennstoffe um 10 Prozent steigen, könnte dieser Familie zusätzlich 1.000 Euro im Jahr ausgezahlt werden.

Ein Fortschritt in der Umweltpolitik jenseits von Appellen und Verboten ist also möglich.

Oder etwas philosophischer ausgedrückt: Drei zentrale Ansprüche, die in der Geschichte der Modernen erhoben wurden, oft aber konträr zueinander diskutiert werden, können mit einem Ökologischen Grundeinkommen verbunden werden: Freiheit (des individuellen Lebensstils), Gleichheit (der materiellen Voraussetzungen) und Ökologie (als Gebot der Mäßigung).

Autor:

Ulrich Schachtschneider
Dipl.-Ing. Dr.rer.pol.
Energieberater, freier Sozialwissenschaftler, Autor

Haupt-Forschungsinteresse: Was sind die Denkrichtungen für den gesellschaftlichen Wandel, um ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen? Wie können wir Sozial- und Umweltpolitik in einer liberalen Weise integrieren?

Letzte Buch-Veröffentlichung:
Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit.
Mit dem Ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle, München 2014.

www.ulrich-schachtschneider.de